

NDB-Artikel

Jolly, Julius badischer Politiker, * 21.2.1823 Mannheim, † 14.10.1891 Karlsruhe.

Genealogie

V →Louis (1780–1853), kurbayer. Hauptm., seit 1809 Kaufm., Präs. d. Mannheimer Handelskammer, 1836–49 1. Bgm. v. M., S d. Jean (1744–85), 1770 erster Pfarrer e. wallon. Gemeinde in M. (S d. Strumpfwirkers Isaac in M.), u. d. Maria Philippine Calmé;

M Eleonore (1786–1859, kath.), T d. Joh. Konrad Alt, Archivar d. fränk. Ritterkantons Gebirg, u. d. Maria Kunigunde Heller;

Ov →Isaak (1785–1852), 1835–47 bad. Justizmin., unter ihm wurde e. neues Strafgesetz erlassen (s. Bad. Biogr. I);

B →Philipp (s. 4);

- ♂ Heidelberg 1052 Elisabeth (1827–1901), T d. preuß. Geh. Oberfinanzrats →Friedrich Fallenstein († 1853), pol. Schriftsteller, u. d. Elisabeth Benecke; *Schwager* →Hermann Baumgarten († 1893), Historiker u. Pol. (s. NDB I);

2 S, 2 T, u. a. →Ludwig (1856–98), Staatsanwalt, 1895 Chefredakteur d. Münchener Allg. Ztg. (s. Bad. Biogr. V; BJ III), →Philipp (1857–1923), Oberschulrat in Baden, Elisabeth (♂ →Karl Heil, 1848–1906, Jurist, s. Bad. Biogr. VI);

N →Friedrich (s. 1), →Julius (s. 3), →Georg (1849–1932), Prof. d. vgl. Sprachwiss. u. Sanskrit in Würzburg (s. Jb. d. Bayer. Ak. d. Wiss. 1932/33).

Leben

Als beherrschende politische Gestalt Badens in dem Jahrzehnt nach 1866 hatte J., schon vorher einer der eifrigsten Protagonisten des kleindeutschen Nationalstaats in Süddeutschland, hervorragenden Anteil an der Unterstützung, die die Bismarcksche Politik bis zur Reichsgründung gerade durch Baden erfuhr. Gleichzeitig ist sein Name aufs engste verknüpft mit dem bad. Kulturkampf der späten 60er und frühen 70er Jahre, der in mancherlei Hinsicht ein Vorspiel des Kulturkampfes in Preußen und im Reich darstellte. In seine Amtszeit fiel schließlich die Vollendung der 1860 eingeleiteten politischen und gesellschaftlichen Reformen, die Baden zum vielberufenen „liberalen Musterstaat“ machten.

Sohn eines Mannheimer Kaufmanns – Aufmerksamkeit und Verständnis für die Probleme des heraufziehenden Industriezeitalters wurden in dieser

Umgebung schon sehr früh geweckt – erhielt J. die entscheidende geistige Prägung durch den Neuhumanismus. Nach Jurastudium in Heidelberg und Berlin habilitierte er sich 1847 in Heidelberg. Hier schloß er sich dem Kreis gemäßigt liberaler Professoren und Publizisten an, dessen geistiges Haupt G. G. Gervinus war und aus dem in eben dieser Zeit die „Deutsche Zeitung“ hervorging. Ihren politischen Anschauungen (Bejahung des kleindeutschen Nationalstaats, Hinneigung zu einem reformerischen Liberalismus) weitgehend verpflichtet, stand er den sozialrevolutionären und entschieden demokratischen Kräften, die den bad. Aufstand entfesselten, scharf ablehnend gegenüber und entzog sich deren Pressionen schließlich durch die Flucht in das hess. Auerbach, wo er, und das wurde für seinen weiteren politischen Lebensweg mitentscheidend, einer Gruppe von gleichgesinnten jüngeren bad. Politikern (A. Lamey, L. Häusser, F. v. Roggenbach, F. v. Preen) begegnete. Nach Heidelberg zurückgekehrt, hatte J. zunächst sehr harte Jahre durchzustehen, die manches von der Schroffheit, ja gelegentlichen Unduldsamkeit erklären, die später seinen Weg als Politiker mehr als einmal erschwerten und auch manche seiner politischen Entscheidungen prägten: Als Liberalem gelang ihm in der Epoche der Reaktion nicht der Aufstieg in der akademischen Laufbahn, und er mußte zudem eine ganze Reihe von Zurücksetzungen durch die bad. Regierung hinnehmen, der er als Angehöriger des Kreises um Gervinus und Fallenstein besonders suspekt war. Die entscheidende Wende in seinem Leben brachte der politische Umschwung in Baden im Frühjahr 1860 im Zusammenhang mit der Ablehnung eines von den konservativen Kräften in Staat und Kirche initiierten Konkordats durch die liberale Parlamentsmehrheit. Als Freund Roggenbachs und als Autor einer auch vom Großherzog sehr beifällig aufgenommenen Schrift, in der er den unbedingten Souveränitätsanspruch des Staates gegenüber der Kirche scharf betonte, wurde J. 1861 zum Regierungsrat, im folgenden Jahr zum Ministerialrat im Innenministerium ernannt, wo er das, im Hinblick auf die die folgenden Jahre beherrschenden Auseinandersetzungen um die Volksschulreform zentral wichtige, Schulreferat leitete. Gleichzeitig galt seine besondere Aufmerksamkeit der nationalen Frage. Gemeinsam mit H. Baumgarten und K. Mathy gehörte er zum engsten Beraterstab des neuen Außenministers Roggenbach.

Als Mitglied der bad. Delegation auf dem Frankfurter Fürstenkongreß von 1863 und als Mitglied der 1. Kammer trat er, im Gegensatz zu der Mehrheit der bad. Liberalen, leidenschaftlich für das kleindeutsche Programm ein und suchte nach Roggenbachs Rücktritt im Herbst 1865 mit allen Kräften eine Option Badens für Österreich zu verhindern. Als die Entscheidung dann gegen seine Überzeugung gefallen war, kam er, wie wenig später auch der Handelsminister Mathy, um seine Entlassung ein. Nach Königgrätz verkörperten beide Männer die Alternative zu der bisherigen Regierungspolitik und wurden Ende Juli 1866 mit der Regierungsbildung betraut, Mathy als Regierungschef, J. als Innenminister. Programm und Zusammensetzung der neuen Regierung wurden dabei wesentlich von dem jüngeren und dynamischeren J. bestimmt. Er vollzog eine gewisse Abkehr von der Neuen Ära insofern, als er einerseits sehr stark die Autorität des Staates, d. h. der Exekutive gegenüber allen gesellschaftlichen Gruppen betonte und andererseits den Führern der Parlamentsmehrheit praktisch keinerlei Einfluß auf die Regierungsbildung gewährte. Als die ersehnten raschen Erfolge in der nationalen Politik ausblieben, kam es daher

sehr rasch zu wachsenden Divergenzen zwischen der Parlamentsmehrheit und dem Ministerium, die ihren ersten Höhepunkt im Kampf um die Einführung der im Lande sehr unpopulären preuß. Heeresverfassung erreichten. Die Regierung Mathy-J. vermochte ihre Vorlage schließlich nur durchzusetzen, indem sie zu einer Art „Politik der Bestechungen“ Zuflucht nahm und den Liberalen in einer Reihe von Forderungen entgegenkam, die sie eigentlich nicht teilte, so insbesondere bezüglich des Vereins- und Versammlungsrechts, der Frage der Ministerverantwortlichkeit, des passiven Wahlrechts und des Presserechts, vor allem aber auch bezüglich der Kirchen- und Schulfrage. Hier verschärfte J. den Konflikt mit der kath. Kirche erheblich, indem er einerseits im Sept. 1867 eine den Nachweis einer bestimmten Allgemeinbildung fordernde Examensverordnung für Theologiestudenten und andererseits ein neues Elementarunterrichtsgesetz vorlegte, das den Einfluß der Kirche auf die Volksschule weiter reduzierte. Während er damit das Entstehen einer starken, sich bald auch parteipolitisch organisierenden kath. Opposition begünstigte, die bei den Zollparlamentswahlen die Liberalen an den Rand einer Niederlage brachte, erreichte er keine wirkliche Verbesserung des Verhältnisses zwischen liberaler Fraktion und Regierung. Vielmehr entwickelte sich, als Mathy Anfang Febr. 1868 unerwartet starb und J. als neuer Regierungschef einige sehr unpopuläre Entscheidungen traf, der Widerstand der Liberalen zu einer förmlichen Fronde, die in einer Geheimkonferenz liberaler Parlamentarier Anfang Nov. 1868 in Offenburg gipfelte, auf der ein gezieltes und geschlossenes Vorgehen gegen die Regierung verabredet wurde. Wohl scheiterte dieser Plan schließlich an den Gegensätzen innerhalb der liberalen Partei und Fraktion, und J. konnte durch Entgegenkommen auf dem Gebiet der Kultur- und Kirchenpolitik und durch neuerliche Reformvorlagen im liberalen Sinne seine Stellung noch einmal stabilisieren. Aber es war abzusehen, daß dies nicht von langer Dauer sein werde, wenn nicht endlich der entscheidende Erfolg auf nationalem Gebiet gelang. Als dieser Erfolg mit Ausbruch des deutsch-franz. Krieges in greifbare Nähe rückte, hat J. nicht nur aus nationalpolitischen, sondern nicht zuletzt auch aus innenpolitischen Gründen alles getan, um eine rasche Einigung zu ermöglichen. Schon Anfang Sept. 1870 richtete er eine große Denkschrift an →Bismarck, in der er das Beitritts-gesuch Badens zum Norddeutschen Bund erneuerte und der Erwartung Ausdruck gab, daß seine Annahme in der gegenwärtigen Situation sehr rasch entsprechende Anträge der übrigen süddeutschen Staaten nach sich ziehen werde; im übrigen regte er in dieser Denkschrift auch als erster deutscher Regierungschef offiziell die Annexion von Elsaß und Lothringen an. In den folgenden Verhandlungen erwies sich J. als unbedingt ergebener Gefolgsmann →Bismarcks, der alles aus dem Wege zu räumen suchte, was einer raschen Einigung entgegenzustehen drohte, selbst wenn es sich dabei um zentrale und auch von ihm persönlich einst vertretene verfassungspolitische Forderungen des Liberalismus handelte.

Nach 1871 folgte freilich auch bei J. eine wachsende Ernüchterung. Vor allem registrierte er mit zunehmender Kritik, wie der Einfluß der Einzelstaaten zugunsten der Vormacht Preußen und auch des Reiches immer mehr zurückgedrängt wurde und von einer gemeinsamen Leitung der Politik des Reiches durch den Bundesrat schon sehr bald keine Rede mehr sein konnte. Innenpolitisch blieb J. auch nach 1871 der Gefangene seines Systems, der

Regierung über den Parteien und der „Politik der Bestechungen“. Nachdem sich zunächst, im Zeichen des nationalen Hochgefühls unmittelbar nach der Reichsgründung, ein wirklicher Ausgleich zwischen ihm und der liberalen Parlamentsmehrheit und damit de facto eine Rückkehr zum parlamentarischen Regierungssystem anzubahnen schien, traten im weiteren Verlauf die Gegensätze in den politischen Grundanschauungen doch wieder sehr deutlich hervor. Als der Großherzog einen allmählichen Abbau des Kulturkampfes wünschte, J. ihn jedoch aus taktischen wie prinzipiellen Erwägungen mit einem neuen Elementarunterrichtsgesetz auf einen weiteren Höhepunkt trieb, ließ Friedrich I. ihn fallen (21.9.1876). – Im Amt des Präsidenten der Oberrechnungskammer zu politischer Untätigkeit verdammt, hat er seine Überzeugung, daß ungeachtet aller politischen und sozialen Veränderungen nur das von ihm praktizierte System der Regierung über den Parteien das dem modernen Staate angemessene sei, noch einmal vertreten in der 1880 erschienenen Schrift „Der Reichstag und die Parteien“. Und auch an dem Prinzip, daß sich die Kirche unbedingt dem Staat zu unterwerfen habe, hielt er weiterhin ohne Abstriche fest und übte in diesem Sinne in einem im Aug. 1882 in den „Preußischen Jahrbüchern“ erschienen Aufsatz zum Thema „Der Kirchenstreit in Preußen“ scharfe Kritik am Zurückweichen →Bismarcks gegenüber der Kurie.

J. war fraglos einer der fähigsten und tatkräftigsten Politiker Badens im 19. Jh., mit dessen Namen sich, wenn auch zum Teil von seinen eigenen Anschauungen her nicht ganz zu recht, viele große liberale Reformwerke verbinden und der zugleich einer der wichtigsten Wegbereiter des kleindeutschen Nationalstaats in Süddeutschland gewesen ist. Die inneren Probleme dieses kleindeutschen Nationalstaats freilich hat er an seiner Stelle eher verschärft als daß er beispielhaft eine Lösung zu entwickeln vermocht hätte.

Werke

Weitere W Üb. d. Beweisverfahren n. d. Rechte d. Sachsenspiegels, 1846;

Das Recht der Actiengesellschaften, in: Zs. f. dt. Recht u. dt. Rechtswiss. 11, 1847;

Die Lehre vom Nachdruck, n. d. Beschlüssen d. dt. Bundes dargest., 1852;

Die bad. Gesetzentwürfe üb. d. kirchl. Verhältnisse, 1860;

Beleuchtung d. Denkschr. d. Herrn EB v. Freiburg in Betreff d. v. d. ghzgl. bad. Staatsregierung vorgelegten 6 Gesetzentwürfe, 1860 (*anonym*).

Literatur

ADB 50;

H. Baumgarten u. J. Jolly, Staatsmin. J., Ein Lb., 1897;

A. Hausrath, Zur Erinnerung an J. J., 1899;

R. Goldschmidt, in: Bad. Biogr. V, 1906;

H. Färber, Der Liberalismus u. d. kulturpol. Fragen in Baden v. 1850–70, Diss. Freiburg 1960 (*ungedr.*);

L. Gall, Der Liberalismus als regierende Partei, Das Ghzgt. Baden zw. Restauration u. Reichsgründung, 1968.

Portraits

Stahlstich n. Phot., Ende d. 60er J. (Karlsruhe, Gen.landesarchiv, Ac J 2).

Autor

Lothar Gall

Empfohlene Zitierweise

, „Jolly, Julius“, in: Neue Deutsche Biographie 10 (1974), S. 589-591
[Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/.html>

02. Februar 2024

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
